

Neue Wege zur Stabilisierung der Eurozone

Hintergründe und Ergebnisse einer Expertentagung vom Oktober 2013



Jürgen Noack

Europa braucht eine bessere Koordinierung nationaler politischer Entscheidungen zur Bewältigung von Wirtschafts- und Finanzkrisen. Diskutiert werden seit langem „automatische Stabilisatoren“, die schockartige konjunkturelle Entwicklungen und das Auseinanderdriften innerhalb der Währungsunion abfedern. Als ein wichtiger Ansatz gilt dabei eine europäische Arbeitslosenversicherung. Die unterschiedlichen nationalen Sozialsysteme erweisen sich dabei als hohe, doch überwindbare Hürden. Alternative Konzepte zur Einführung von sozialen und fiskalpolitischen Stabilisatoren werden auf der Tagung vorgestellt und diskutiert.

Die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion und das Konzept automatischer Stabilisatoren

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 ihren Anfang nahm, hat die Europäische Union in ihren Grundfesten erschüttert. Die daraus resultierende Rezession hat insbesondere eine Reihe von Konstruktionsfehlern der 1999 ins Leben gerufenen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) offen gelegt. So haben beispielsweise die Mitgliedstaaten der Eurozone aufgrund der an die Europäische Zentralbank delegierten Geldpolitik nur noch wenig Spielraum, um auf extreme Konjunkturschwankungen und regionale Schocks zu reagieren. Die einheitliche Geldpolitik in der Eurozone kann darüber hinaus zur Folge haben, dass Aufschwünge oder Rezessionen in den einzelnen Ländern noch verstärkt werden.

Im Verlauf der Krise wurden Rufe von Wissenschaftlern und Finanzexperten laut, die neben einer besseren Koordinierung der nationalen Politiken die Einführung von antizyklischen fiskalischen Stabilisatoren auf europäischer Ebene forderten, um regionale asymmetrische Schocks für die betroffenen Mitgliedsstaaten abzumildern und die Eurozone für künftige Wirtschaftskrisen widerstandsfähiger zu machen. Die Rolle und Möglich-

keiten automatischer Stabilisatoren werden seither kontrovers in Wissenschaft und Politik diskutiert. Die Skeptiker bezüglich dieses Konzepts argumentieren beispielsweise, dass die fiskalische Stabilisierung in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen bleiben sollte und fürchten, dass die Einführung derartiger Mechanismen auf Eurozonenebene permanente Transfers in wirtschaftsschwache Länder nach sich ziehen könnte.

Das Konzept automatischer Stabilisatoren ist allerdings nicht neu. Bereits im Jahr 1977 sprachen sich Experten in dem von der Europäischen Kommission veröffentlichten sog. „MacDougall Bericht“ über die Rolle der öffentlichen Finanzen in der europäischen Integration für die Einführung automatischer Stabilisatoren auf europäischer Ebene aus. Zur Finanzierung fiskalpolitischer Stabilisierungsmaßnahmen sollte das Gemeinschaftsbudget auf 5–7% des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden. Ein weiterer Expertenbericht der Europäischen Kommission aus dem Jahre 1993 erwähnte die Möglichkeit der Schaffung eines Schockabsorptionsmechanismus, der auf Veränderungen der nationalen Arbeitslosenquoten basiert. Die Idee

von automatischen Stabilisatoren wurde 2012 in dem gemeinsamen Bericht der vier Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurozone sowie dem Konzept der Europäischen Kommission für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion erneut aufgegriffen. Dort hieß es unter anderem, dass eine Fiskalkapazität für die Eurozone mit einer Schockabsorptionsfunktion langfristig als Bestandteil der Währungsunion in Erwägung gezogen werden sollte, da ausschließlich nationalstaatliche Lösungen alleine nicht mehr ausreichend seien, um eine widerstandsfähige und stabile Eurozone zu gewährleisten.

Anfang Oktober 2013 legte die Europäische Kommission auf Bitten des Europäischen Rates eine Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Eurozone vor. Im Vorfeld war spekuliert worden, ob die Kommission das Thema automatische Stabilisatoren aufgreifen und konkrete Vorschläge machen würde. In der Mitteilung hieß es, dass langfristig durch die progressive Übertragung von Souveränität auf die europäische Ebene eine Fiskalkapazität mit einer Schockabsorptionsfunktion eingerichtet werden sollte. Ein autonomes Eurozonenbudget könnte die Mitgliedstaaten darin unterstützen, wirtschaft-